

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 172 (2006)

Heft: 4

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DEUTSCHLAND

Luftwaffe erhält neue Lenk Waffen

Im Januar 2006 ist auf dem Luftwaffenstützpunkt Laage bei Rostock mit der Auslieferung der ersten Luft-Luft-Lenk Waffen «Iris-T» begonnen worden. Ebenfalls zu Beginn dieses Jahres ist auf dem Fliegerhorst Büchel in der Eifel die erste Serie der Luft-Boden-Lenkflugkörper «Taurus» an die deutsche Luftwaffe abgegeben worden.

«Iris-T» ist ein Gemeinschaftsprojekt von sechs europäischen Staaten, die zusammen gemäss letzten Planungen über 4000 dieser Lenk Waffen beschaffen werden. Verantwortlich für die Auslieferung an die deutsche Luftwaffe ist die Firma Diehl BGT Defense in Überlingen. Nebst Deutschland werden auch die Luftstreitkräfte von Griechenland, Italien, Norwegen, Schweden und Spanien diese Luft-Luft-Lenkflugkörper der neusten Generation einführen. «Iris-T» ist dabei bei europäischen Streitkräften als Standardbewaffnung für den Luftnahkampf und für die Selbstverteidigungsfähigkeit vorgesehen. Geplant ist deren Einsatz mit den Kampfflugzeugtypen «Eurofighter», «Gripen»,

«F-16», «F-18» und «Tornado». Die Auslieferung der Lenk Waffen wird sich bis zum Jahre 2011 erstrecken. Bereits im Oktober 2003 stimmte der deutsche Bundestag der Beschaffung des neuen Waffensystems zu. Ende 2004 hatten die beteiligten sechs Nationen den Vertrag über die Serienfertigung der Lenk Waffen «Iris-T» unterschrieben. Der Vertrag umfasst ein Gesamtvolumen von zirka einer Mrd. Euro und sichert der europäischen Rüstungsindustrie einen wesentlichen Auftrag.

Von der Luft-Boden-Lenk Waffe «Taurus» wird die deutsche Luftwaffe 600 Stück einführen, die zunächst für den «Tornado» und später auch für den «Eurofighter» vorgesehen sind. Die neuen Lenkflugkörper sollen es künftig der Luftwaffe ermöglichen, aus grosser Entfernung Bodenziele zu bekämpfen, ohne die Piloten dabei zu gefährden. Die Lenk Waffen «Taurus» haben eine maximale Reichweite von 350 Kilometern und sollen gemäss Vorstellung der Herstellerfirma künftig ebenfalls als Standardbewaffnung europäischer Kampfflugzeuge zum Einsatz gelangen.



Spanisches Kampfflugzeug F/A-18 mit Luft-Boden-Lenk Waffe KEPD 350 «Taurus». hg

Erstes Drohnensystem «KZO» an die Bundeswehr übergeben

Die Herstellerfirma Rheinmetall Defence Electronics in Bremen hat im Januar 2006 das erste Drohnensystem «KZO» (Kleinfluggerät Ziel-Ortung) an die Bundeswehr abgeliefert. Damit erhält das deutsche Heer eines der gegenwärtig leistungsfähigsten unbemannten Aufklärungssysteme, das vor allem für Aufklärungs- und Beobachtungsaufgaben über Gefahrenzonen vorgesehen ist. Das System «KZO» ist speziell für die internationalen Einsätze der Bundeswehr

ausgelegt. Bis Ende 2007 wird Rheinmetall Defence Electronics, eine Tochtergesellschaft des Rheinmetall-Konzerns, insgesamt sechs Systeme «KZO» dem deutschen Heer ausliefern. Dabei handelt es sich um 60 Flugkörper und zwölf dazugehörige Bodenstationen. Als fliegende Sensorplattform liefert «KZO» den Aufklärungsorganen umfassende und präzise Informationen in Echtzeit, so z.B. aus einem militärischen Kampf- oder Krisengebiet. Im Weiteren kann das Drohnensystem auch bei der Überwachung eines Waffenstillstandes oder bei der Kontrolle von



Drohnensystem KZO «Brevel».

Embargos eingesetzt werden. Aber auch über die rein militärischen Zwecke hinaus sind Anwendungen bei der Polizei und im Zivilschutz denkbar, etwa die Überwachung von Grenzen oder von Küstenregionen.

In Bezug auf Nachrichtengewinnung sowie Wirksamkeit im Einsatz ist «KZO» auf die neuen Fähigkeitskategorien der Bundeswehr ausgerichtet. Gleichzeitig mit der laufenden Einführung beim Referenzkunden Bundeswehr erhofft sich die Herstellerfirma gute Chancen für eine internationale Vermarktung des Systems.

Bereits bestehen gute Kontakte zu europäischen Armeen und auch zu den US-Streitkräften. Im Rahmen des «Future Combat System Programmes» konnte Rheinmetall Defence Electronics in enger Kooperation mit der amerikanischen Firma Teledyne Brown Engineering bereits einen ersten Auftrag gewinnen. Auf der Basis der überlegenen «KZO»-Technologie sollen für den nordamerikanischen Markt neue leistungsfähige und flexible UAV-Systeme für die Echtzeitaufklärung und Überwachung entwickelt werden. hg

Bundeswehr kann Luftwaffenstützpunkt Termez weiter nutzen

Die usbekische Regierung liess Massenproteste in der Stadt Andischan im Frühjahr 2005 mit Mitteln brutaler Gewalt niederschlagen. Dabei sollen mehrere hundert Menschen getötet worden sein. Daraufhin hat sich das Verhältnis zwischen der usbekischen Führung und den Staaten Europas sowie den USA verschlechtert. Insbesondere die USA übten scharfe Kritik. Die EU verhängte Sanktionen, weil sich die usbekische Regierung weigerte, den Vorfall durch eine neutrale Kommission untersuchen zu lassen. Daraufhin drohte die usbekische Regierung, die in ihrem Lande benutzten Stützpunkte, die die internationalen Kräfte in Afghanistan zur Versorgung und Unterstützung benötigten, zu schliessen. Dies ist inzwischen für die USA-Streitkräfte geschehen. Für die deutschen Verbände in Afghanistan, das gilt für das zirka 2000 Mann starke ISAF-Kontingent in Kabul, aber auch für die 400 deutschen Soldaten in den beiden PRTs in Kun-

duz und Feyzabad im Norden Afghanistans. Der Luftwaffenstützpunkt Termez ist für die Bundeswehr deshalb so wichtig, weil die von Deutschland mit Flugzeugen transportierten Soldaten und Güter dort umgeladen und mit anderen Maschinen nach Kabul resp. Afghanistan gebracht werden. Die Langstreckenflugzeuge, etwa der Airbus A310, sind gegen Angriffe vom Boden aus nicht geschützt. Die alten Mittelstrecken transportflugzeuge C-160 Transall sind aber mit Schutzsystemen gegen IR-gelenkte Boden-Luft-Lenk Waffen ausgerüstet. Die afghanischen Streitkräfte wurden in der Zeit der Sowjetinvasion mit amerikanischen Lenk Waffen «Stinger» beliefert, die noch heute teilweise in der Hand der Regimegegner sein können. Die Deutschen hätten zwar auf andere Stützpunkte in benachbarten Staaten ausweichen können, die weitere Nutzung der Basis in Termez macht die Bundeswehr aber unabhängiger.

Nach der Genehmigung eines Einreisevisums für den usbekischen Innenminister Almakow im Oktober 2005 zur Behandlung in einem deutschen Krankenhaus, die

als humanitäre Geste gewürdigt wurde, reiste der neue Staatssekretär des Verteidigungsministeriums Pflüger nach Usbekistan, um über die Verlängerung der Nutzungserlaubnis des Stützpunktes in Termez zu verhandeln. Die Gespräche wurden erleichtert, weil andere europäische Staaten ebenfalls gewillt sind, den Stützpunkt weiter zu nutzen. Das Einverständnis der Europäer wurde auch durch vorherige Kontakte mit der für die Sanktionen zuständigen Europä-

ischen Kommission und Treffen mit westlichen Botschaftern sichergestellt. Darüber hinaus vereinbarten Deutschland und Usbekistan einen Dialog über internationale Terrorismusbekämpfung, Wirtschaftsbeziehungen, Kultur sowie Demokratisierung und Rechtsstaatlichkeit. Die unbefristete Genehmigung der Nutzung des Stützpunktes in Termez bedeutet für Deutschland aber auch für andere EU-Staaten eine wesentliche Entlastung. Tp.

Überwachungsflugzeuge der NATO zur Sicherung der Fussball-WM

Wie bei früheren Grossereignissen sollen auch während der diesjährigen Fussballweltmeisterschaft in Deutschland Aufklärungsflugzeuge der NATO zur Überwachung des Luftraumes eingesetzt werden. Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble hatte zu Beginn dieses Jahres beim deutschen Verteidigungsminister Jung die für die Luftraumüberwachung notwendigen AWACS-Flugzeuge angefordert. Die unter NATO-Kommando stehenden AWACS-Maschinen (Airborne Early Warning And Control System) sind unterdessen vom deutschen Verteidigungsministerium beim Militärausschuss in Brüssel angefordert worden.

Die AWACS-Flotte der NATO wurde in den vergangenen Jahren bei zahlreichen Grossereignissen eingesetzt. So etwa im Jahre 2005 beim Besuch von Papst Benedikt XVI. am Weltjugendtag in Köln oder auch bei den Olympischen Spielen 2004 in Athen. Der Einsatz über Deutschland resp. Mitteleuropa ist gemäss einem Sprecher des Hauptquartiers der AWACS-Flugzeuge einfacher zu bewältigen als der seinerzeitige Einsatz über Griechenland.

Die NATO verfügt seit 1982 über eine aus 18 Flugzeugen bestehende AWACS-Flotte; das Hauptquartier liegt in Geilenkirchen bei Aachen. Die Besatzungen umfassen Piloten und Spezialisten aus zwölf Nationen – ein Drittel von ihnen sind Deutsche. Weitere Basen des AWACS-Verbandes befinden sich in Norwegen, Italien, Griechenland und in der Türkei. Seit 1992 gibt es zudem im britischen Waddington einen mit sieben Maschinen ausgerüsteten zweiten operativen Frühwarnverband. Mit ihrem Radaraufbau können die AWACS-Maschinen bis zu 400 Flugzeuge sowie Schiffe und andere Objekte in einem Einsatzradius von bis zu 500 km orten, identifizieren und die Daten an Bodenstationen weitergeben. Ein einzelnes AWACS-Flugzeug verfügt über eine Überwachungskapazität von rund 312 000 Quadratkilometern.

Alle politischen Parteien Deutschlands signalisierten bisher Zustimmung zum vorgesehenen NATO-Einsatz. Keine Zugeständnisse wollen SPD und Grüne dagegen im Streit über den von Innenminister Schäuble geforderten Einsatz der Bundeswehr zum Objektschutz bei der Fussball-WM machen. Denn «Innere Sicherheit» ist in Deutschland bisher eine ausschliesslich polizeiliche Aufgabe,

die wegen der verfassungsrechtlich vorgegebenen strikten Trennung polizeilicher und militärischer Auf-

gaben primär in der Verantwortung der Länder und des Bundesministeriums des Innern liegt. hg

Werden deutsche Truppen im Kongo eingesetzt?

Die Vereinten Nationen haben vor einiger Zeit die EU angefragt, ob sie zur Absicherung der für diesen Frühling geplanten Wahlen Truppen entsenden könnten. Vor allem Frankreich dürfte dabei ein Interesse haben, dass sich auch Deutschland vermehrt in Afrika engagiert. Nach Rückkehr eines EU-Erkundungskommandos aus dem Kongo ist nun ein «Operationspapier» ausgearbeitet worden, mit dem sich unterdessen auch das politische Sicherheitskomitee der EU befasst hat. Gemäss vorliegenden Informationen soll eine Einsatzoption für 1500 Mann Bodentruppen (zirka ein Bataillon) vorliegen. Dabei dürften logistische Fähigkeiten gefordert werden, für deren Bereitstellung die deutsche Bundeswehr in Frage käme.

Unterdessen haben allerdings deutsche Verteidigungspolitiker der Koalition und der Opposition gegen eine mögliche Beteiligung von Bodentruppen durch die Bundeswehr erhebliche Bedenken angebracht. Dabei wird vor allem kritisiert, dass die Deutschen nicht über die Erfahrung und Fähigkeiten verfügten, um im Kongo eingesetzt zu werden. Der Vorschlag,

den EU-Beitrag im Kongo durch den zurzeit von der Bundeswehr geführten EU-Kampfverband zu leisten, wird ebenfalls skeptisch beurteilt, da der Status der Einsatzbereitschaft dieses Verbandes noch nicht vollumfänglich erreicht sei. Denn ein Stabilisierungsauftrag oder sogar ein so genannter robuster Auftrag ist in diesem Zusammenhang nicht auszuschliessen.

Inzwischen ist die Bundeswehr durch die Auslandseinsätze an der Grenze der Belastbarkeit angelangt, vor allem wegen des niedrigen Verteidigungshaushaltes. Das gilt aber auch für die Streitkräfte anderer Staaten, selbst für die der USA. Es wird inzwischen immer schwieriger, für die diversen Krisenregionen der Welt militärische Kontingente zu finden. Verteidigungsminister Jung schliesst deshalb ein grösseres Engagement Deutschlands im Kongo aus. Es sei ganz klar, dass die Battlegroup der EU, an der die Bundeswehr mit 1500 Mann beteiligt sein wird, im Kongo nicht zum Einsatz kommt. Sollte sich herausstellen, dass zur Absicherung der Wahlen im Kongo zusätzliche Kräfte erforderlich sind, wird aber Deutschland im Rahmen seiner Möglichkeiten Verantwortung übernehmen. Tp.

FRANKREICH

Zum französischen Nuklearwaffenpotenzial

Aussagen des Staatspräsidenten zur Zukunft respektive zum künftigen möglichen Einsatz der französischen Nuklearwaffen haben für Aufsehen gesorgt. Frankreich hatte bereits 1945 mit einem militärischen Atomprogramm begonnen; im Jahre 1960 wurde die erste französische Nuklearwaffe präsentiert. Mit dem Ende des Kalten Krieges hat zwar Frankreich die Zahl der atomaren Sprengköpfe verringert; gemäss Militärexperten sind aber immer noch schätzungsweise 348 nukleare Sprengköpfe vorhanden. Damit ist Frankreich nach den USA, Russland und China immer noch viertgrösste Nuklearmacht. Die Franzosen geben jährlich etwa 3,3 Mrd. Euro

für ihre Force de Frappe (Nuklearstreitkräfte) aus; dies entspricht etwa 20 Prozent des jährlichen Verteidigungshaushaltes.

80 Prozent der französischen Atomwaffen sind seegestützt und befinden sich auf fünf U-Booten, die im Kriegshafen von Brest in der Bretagne stationiert sind. Jedes dieser U-Boote kann bis zu 16 Lenkwaffen vom Typ M-45 mitführen, die über eine maximale Reichweite von 6000 km verfügen. Die restlichen 20 Prozent der Nuklearwaffen sind für den Einsatz ab Flugzeugen vorgesehen. Dafür stehen die strategischen Einsatzmittel «Mirage 2000 N» sowie noch einige wenige Kampfflugzeuge «Super Etendard» zur Verfügung. Für den luftgestützten Einsatz sollen noch rund 60 Sprengköpfe vorhanden sein.



AWACS-Flugzeug «Sentry» der NATO.

Zwischen 1960 und 1996 hat Frankreich insgesamt 210 Nukleartests durchgeführt. 1996 kündigte Staatspräsident Chirac an, dass Frankreich künftig auf Nukleartests verzichten werde. 1998 hatte darauf Frankreich den

Atomteststopp-Vertrag ratifiziert. Gemäss französischer Verfassung ist der Präsident der oberste Militärbefehlshaber des Staates. Er ist der einzige, der einen Einsatz französischer Nuklearwaffen befehlen kann. hg

TSCHECHIEN

Mobiles Ortungssystem «Vera» für die tschechischen Streitkräfte

Das Elektronikunternehmen ERA mit Sitz in der ostböhmischen Stadt Pardubice hat in den letzten Jahren weit über die tschechischen Grenzen hinaus von sich reden gemacht. Denn ERA produziert die passiven Radarsysteme «Tamara» und das Nachfolgesystem «Vera».

Nachdem sich diverse Armeen, darunter auch China, um eine Beschaffung solcher Systeme bemüht haben, wurde unterdessen ein ers-

tes Radarsystem «Vera» an die tschechischen Streitkräfte abgegeben. Der Unterschied zu einem herkömmlichen Radar besteht bei einem passiven Ortungssystem darin, dass es selber keine elektromagnetische Strahlung aussendet. «Vera» empfängt lediglich die Signale, die beispielsweise von fremden Radargeräten oder anderen Objekten ausgehen. Anhand dieser empfangenen Signale ist das System in der Lage, gegnerische Objekte mittels Triangulation zu orten und zu verfolgen. Dabei bleibt das «Vera»-Gerät selber unsichtbar, weil es eben nur passiv operiert. Gemäss Firmenangaben sind aber für eine genaue dreidimensionale Positionsbestimmung fremder Objekte mindestens vier Empfangsstationen notwendig.

Die Herstellerfirma ERA hat unterdessen gemäss Presseberichten im Verlaufe des letzten Jahres ein vollständiges System «Vera» der tschechischen Armee übergeben. Damit sollen Einsatzerfahrungen gesammelt werden, wobei bei Bedarf dieser Prototyp auch ausländischen Kunden vorgeführt werden kann. Vor allem China hatte sich intensiv für das System interessiert, wobei im letzten Jahr die bereits erteilte tschechische Ausfuhrlizenz – vermutlich auf Druck der USA – vom zuständigen Ministerium in Prag wieder zurückgezogen wurde. Unterdessen soll sich aber auch die USA selber für das System «Vera» interessieren. hg



Radaranterie des passiven Ortungssystems «Tamara».

Gepanzerte Truppentransporter «Pandur II» für die tschechische Armee

Im Frühjahr 2005 hat die tschechische Regierung den Antrag zur Beschaffung von neuen gepanzerten Truppentransportfahrzeugen genehmigt. Vorgesehen ist die Beschaffung von 234 Fahrzeugen mit einem Gesamtwert von 828 Mio. Euro. Der Vertrag sieht den Kauf von zunächst 199 «Pandur II» vor, mit einer Option auf weitere 35.

Die neuen Fahrzeuge sollen die veralteten Radschützenpanzer OT-64 ersetzen, die bereits seit den 60er-Jahren im Einsatz stehen.

Bei der über die letzten Jahre hinweg stattgefundenen Evaluation waren folgende Firmen vertreten:

■ Steyr-Daimler-Puch Spezialfahrzeuge (SFF) aus Österreich mit dem «Pandur II»

■ die finnische Patria mit dem AMV (Armoured Modular Vehicle)



Tschechien zieht Steyr-Transportpanzer «Pandur II» dem finnischen AMV vor.

■ und anfänglich auch die Firma Mowag mit dem «Piranha III».

Mowag hatte oder musste bereits im letzten Jahr ihre Offerte zurückziehen. Denn sowohl SFF wie Mowag gehören heute zum amerikanischen General-Dynamics-Konzern, und es scheint, dass bei der diesbezüglichen europäischen Vertretung bereits frühzeitig die Weichen zu Gunsten des «Pandur II» gestellt worden sind.

Der Gesamtwert der tschechischen Fahrzeugbeschaffung wird rund 25,5 Mrd. Kronen (etwa 890

Mio. Euro) betragen. Gemäss vorliegenden Informationen soll das Angebot von Patria für die 234 Fahrzeuge vom Typ AMV etwa 35 Mio. Euro teurer gewesen sein. Die Unterzeichnung des entsprechenden Kaufvertrages ist für April oder Mai geplant. Die Auslieferung der Fahrzeuge soll 2007 beginnen und innerhalb von fünf Jahren abgeschlossen werden. Die tschechische Armee benötigt die neuen Truppentransporter dringend zur Ausrüstung der Kontingente für Auslandseinsätze. hg

UNGARN

Organisationsschwierigkeiten im ungarischen Ministerium für Landesverteidigung

Im Zusammenhang mit den ungarischen Zahlungen für Ausbildungskontingente, die nicht genutzt werden konnten, ist in letzter Zeit das ungarische Ministerium für Landesverteidigung in die Kritik geraten.

Noch vor dem NATO-Beitritt unterzeichnete Ungarn mit dem kanadischen Verteidigungsministerium ein Abkommen über die Teilnahme ungarischer Piloten am NATO Flying Training in Kanada (NFTC). Demnach kann die ungarische Luftwaffe während 17 Jahren jährlich sieben bis acht Flugschüler respektive Lehrgangsteilnehmer sowie sieben Fluglehrer nach Kanada zur Ausbildung entsenden. Der Vertrag sieht vor, dass Ungarn nicht etwa nur für die tatsächlichen Teilnehmer an diesen Kursen, sondern auch für die reservierten Kontingente zu bezahlen hat. Nachdem weder im Jahr 2004 noch 2005 die vorgesehene Anzahl Teilnehmer erreicht werden konnte, wurde Ende 2005 eine interne Untersuchung eingeleitet. Dabei hat sich auch heraus-

gestellt, dass mehrere der angehenden Piloten für die vorgesehenen Funktionen untauglich gewesen sind und in den letzten Jahren auch einige ihre Ausbildung abgebrochen hatten. Inzwischen sind – so hat die Untersuchung ergeben – vom ungarischen Verteidigungsressort etwa 560 Mio. Forint (rund 3,5 Mio. SFr.) an Kanada ausbezahlt worden, ohne dass dafür eine Ausbildungsunterstützung erbracht werden musste. Eine analoge Geldverschwendung in der Höhe von mehreren hundert Mio. Forint soll zudem stattgefunden haben, weil das Kontingent an Fluglehrern nicht rechtzeitig und in der vorgesehenen Anzahl ausgeschöpft werden konnte.

Der Untersuchungsausschuss kam zur Erkenntnis, dass die Versäumnisse vor allem auf Mängel und Probleme bei der ungarischen Rekrutierungs- und Ausbildungspraxis zurückzuführen sind. Da die ungarischen Piloten aus Spargründen jährlich nur eine im internationalen Vergleich geringe Zahl an Flugstunden absolvieren können, erfüllen sie oftmals nicht die in der NATO verlangten Voraussetzungen.

Auch das Auswahlverfahren für die Pilotenbewerber hat sich als unzureichend erwiesen. Kommt dazu, dass ungarische Piloten während der vorgesehenen Umschulungsphasen im Ausland keine Flugzulagen erhalten. Aus diesem Grunde erscheint den meisten Piloten eine Ausbildung im Ausland unattraktiv. Es fehlt somit an Anwärtern und Freiwilligen, sodass auch keine Konkurrenzsituation entsteht.

Gemäss Aussagen des ungarischen Verteidigungsministers besteht für den bis 2019 laufenden Ausbildungsvertrag keine Ausstiegsklausel. Vielmehr soll der als positiv beurteilte Vertrag eingehalten werden, weil dadurch die Pilotenausbildung weit günstiger zu haben sei als im eigenen Lande. Der Grund für die laufenden Missstände wird denn auch primär bei organisatorischen und finanziellen Rahmenbedingungen gesucht werden. L.K.

USA

Kürzungen bei den geplanten Waffenbeschaffungen

Auch die US-Streitkräfte sind gezwungen, bei den geplanten Rüstungsbeschaffungen massive Kürzungen vorzunehmen (gemäss Pentagon-Brief vom Dezember 2005).

Demzufolge soll die Budgetvorlage im Rüstungsbereich für das Fiskaljahr 2007 um 12 bis 15 Mrd. US-Dollar niedriger ausfallen als bisher geplant. Die drei Hauptteilstreitkräfte Army, Air Force und Navy sollen ihre jeweiligen Etatvorstellungen um je rund drei Prozent kürzen. Grund für die Sparmassnahmen sind einerseits die weiter laufenden Kosten des Irakeinsatzes, andererseits aber auch die Wiederaufbaukosten nach dem Hurricane Katrina im Golf von Mexiko.

Die Einsparungen können im Wesentlichen nur durch Reduzierung oder Verzögerung wichtiger Beschaffungs- resp. Entwicklungsvorhaben erreicht werden. Betroffen sind vermutlich u.a. das

Kampfflugzeugprogramm F/A-22 «Raptor» und F/A-35 «Joint Strike Fighter». Im Weiteren das Aufklärungsflugzeug «Aerial Common Sensor», die Produktion von Transportflugzeugen C-17 «Globemaster III». Bei der Navy dürften die neue Zerstörerklasse sowie die neue Flugzeugträgerentwicklung CVN-12 betroffen sein. Schwierig dürften die Einsparungen bei der US Army umzusetzen sein, da die vorgesehenen Beschaffungen für die laufenden Einsätze dringend benötigt werden.

Amerikanische Militärexperten beklagen, dass die vorgesehenen drastischen Kürzungen zum gegenwärtigen Zeitpunkt negative Auswirkungen auf die künftige Einsatzbereitschaft der Streitkräfte haben werden. Durch die umfangreichen Einsätze der letzten vier Jahre entstand vor allem bei der US Army und den Marines ein erheblicher Verschleiss bei Waffen und Material, der eigentlich eher eine Beschleunigung gewisser Beschaffungsprogramme erfordern würde.

Verbesserte Schutzwesten für US-Soldaten im Irak

Als Reaktion auf die laufende Kritik über die angeblich mangelhaften Schutzwesten bei den amerikanischen Soldaten im Irak und in Afghanistan hat das US-Verteidigungsministerium rasch gehandelt. Bis Mitte 2006 sollen für rund 70 Mio. US-\$ verbesserte Keramik-Einlagen beschafft und in die vorhandenen Westen integriert werden. Wie das Pentagon Ende Januar mitteilte, hat sich das kalifornische Unternehmen Ceradyne verpflichtet, bis Ende Juni 2006 insgesamt 230000 dieser neuen Keramikeinlagen (Inlays) zu liefern.

Zu Beginn dieses Jahres hatte die New York Times unter Berufung auf einen vertraulichen Pentagon-Bericht berichtet, dass bis zu 80 Prozent der im Irak getöteten US-Marineinfanteristen hätten überleben können, wenn sie durch Schutzwesten besser geschützt gewesen wären. Das US-Verteidigungsministerium habe sich aber anfänglich trotz Begehren von Truppenkommandanten vor Ort geweigert, verbesserte Westen in grosser Anzahl unmittelbar an die Truppen im Irak zu liefern. Die bisher von US-Soldaten getragenen Schutzwesten, die ebenfalls über eingearbeitete Keramik-Inlays verfügen, sollen nur einen Teil der Brust und des Rückens schützen. Laut einem klassifizierten Bericht des Pentagons wurden zwischen März 2003 und Juni 2005 bei mindestens 74 von 93 tödlichen Schussverletzungen die Opfer an Teilen des Oberkörpers

getroffen, die nicht ausreichend geschützt waren. In 31 Fällen seien die Wunden sehr nahe an den Keramikplatten gewesen, sodass die Getroffenen theoretisch überlebt hätten, wenn die Inlays etwas grösser und gezielter angebracht gewesen wären.

Die Mängel bei den heute verwendeten Schutzwesten sind seit Jahren bekannt und haben bei den diversen militärischen Einsätzen der letzten Jahre immer wieder zu Diskussionen geführt. Bisher war man u. a. auch bei den US-Truppen eher zurückhaltend, verbesserte und dadurch meist auch schwere Schutzwesten einzuführen, da eine Beeinträchtigung der Einsatzfähigkeit bei den einzelnen Soldaten befürchtet wird.



Der ungenügende persönliche Schutz von US-Soldaten im Irak soll rasch verbessert werden. hg



Die geplanten Kürzungen könnten auch zu einer weiteren Verzögerung des JSF-Programmes führen. (Bild Prototyp des F/A-35) hg

Truppenverlegung von Deutschland nach Italien verzögert sich

Einige amerikanische Truppenkontingente, die von Deutschland nach Italien verlegt werden sollten, bleiben vorerst an ihren alten Standorten (siehe auch ASMZ 1/2004, Seite 34/35). Grund für diese Verzögerung ist vor allem die noch fehlende Infrastruktur, die mangels Budgetmittel nicht rechtzeitig an den neuen Truppenstandorten errichtet werden konnten.

Die in Vicenza stationierte 173. Luftlandebrigade wird im Jahre 2006 um rund 1000 Soldaten aufgestockt. Der bislang aus nur zwei Luftlandebataillonen bestehenden Brigade werden im Wesentlichen folgende, bisher der 1. Infanterie-

division in Deutschland angehörenden Einheiten zugeteilt:

- Das 82. Pionierbataillon (Bamberg)
- Das 1. Bataillon des 33. Feldartillerieregiments (Bamberg)
- Das 1. Geschwader des 4. Panzerspähregiments (Schweinfurt)
- und ein Teil der Planstellen des 17. Übermittlungsbataillons.

Längerfristig sollen die neuen Brigadekomponenten ihren Standort auf dem italienischen Militärflugplatz Dal Molina nahe Vicenza erhalten. Bis aber die aufwändige Infrastruktur steht, dürften gemäss Planungen noch mindestens drei bis fünf Jahre vergehen. Solange bleiben diese Einheiten an den alten Standorten in Bamberg bzw. Schweinfurt. hg ■